

3 **Diskussionspapier zur Europäischen Energiepolitik**

5 Die Europäische Union (EU) hat sich mit der Strategie 2020 Ziele für ihr künftiges Handeln
6 gesteckt. Im Rahmen der Energiepolitik wollen die Mitgliedstaaten, die
7 Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 20% reduzieren, den Anteil
8 erneuerbarer Energien auf 20% und die Energieeffizienz um 20% steigern. Diese Ziele
9 sind unter den derzeitigen Bedingungen zwar realistisch, aber wenig ambitioniert; im Sinne
10 einer verantwortungsvollen und sozialen Politik muss die europäische Energiepolitik
11 jedoch mutiger und umfassender gedacht und reformiert werden. Die Sozialdemokratie will
12 Energieversorgung nachhaltig bezahlbar sichern sowie Ungleichheiten innerhalb der EU
13 bekämpfen. Energie ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Nur wenn sie allen
14 Menschen ausreichend zur Verfügung steht, können wir von sozialer Gerechtigkeit
15 sprechen.

16 Wir wollen einerseits eine möglichst dezentrale Energieerzeugung und -versorgung.
17 Andererseits wollen wir aber auch die natürlichen Standortvorteile, über die einzelne
18 Regionen in Europa verfügen, für die Gewinnung erneuerbarer Energien nutzen (Sonne,
19 Wind, Wasserkraft). Dazu ist eine europäische Energiepolitik und Planung der
20 Netzinfrastruktur notwendig.

22 Mit ihrer Energiepolitik regeln die Staaten verbindlich Erzeugung, Verteilung und
23 Verwendung von Energie. Sie bewegen sich dabei im Spannungsfeld des
24 energiepolitischen Zieldreiecks, dessen Eckpunkte Wettbewerbsfähigkeit,
25 Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit sind. Da diese Zielsetzungen miteinander
26 konkurrieren oder sich teilweise gegenseitig ausschließen, stellt sich bei jeder
27 energiepolitischen Entscheidung die Frage, welcher Schwerpunkt gesetzt wird. Dieser
28 politische Konflikt ist zu lösen und gleichzeitig als Querschnittsaufgabe bei allen
29 Entscheidungen zu bedenken. Als Grundlage hierfür brauchen wir ein neues Verständnis
30 der Energiepolitik.

32 **Eine neue Philosophie**

34 Energie ist die Grundlage der modernen Industriegesellschaft. Dabei liefern fossile
35 Brennstoffe seit mehr als zwei Jahrhunderten die Antriebskraft der sozialen und

36 wirtschaftlichen Entwicklung. Vermeintlich geringe Kosten und scheinbar unendliche
37 Verfügbarkeit führten so zu einem nicht nachhaltigen Wirtschaftskreislauf. Der Glaube an
38 stetiges Wachstum zur Sicherung des materiellen Wohlstandes verfestigte sich -
39 zumindest im reichen Teil der Welt. Aber die Nutzung fossiler Brennstoffe führte zu einer
40 neuen Dimension der Umweltveränderung. Als erstes wahrnehmbar war die
41 Luftverschmutzung. Immer höhere Schornsteine zu bauen, entpuppte sich als
42 Scheinlösung, sie verursachten „Sauren Regen“, der dann weitab der Industriegebiete
43 niederschlug und u.a. zum Waldsterben führte.

44 Willy Brandts Forderung vom 28. April 1961 nach „einem blauen Himmel über der Ruhr“
45 auf einem SPD-Wahlkongress in Bonn war in Deutschland der Einstieg in eine
46 umfassende Debatte zum Umweltschutz. Heute ist in Peking die Luft so schlecht wie 1960
47 im Ruhrgebiet.

48 Im Jahre 1972 erschien der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome zur
49 Lage der Menschheit. Er prägte das Bild vom Raumschiff Erde mit nur endlich viel
50 Ressourcen und beschränktem Platz für den erzeugten Müll. Der Umweltdiskussion wurde
51 eine neue Dimension verliehen. In Computersimulationen wurden präzise Prognosen zu
52 den weltweit zusammenhängenden Problemen der Industrialisierung,
53 Bevölkerungszunahme, Unterernährung, Rohstoffverknappung und Umweltzerstörung
54 abgegeben. Das Ergebnis war niederschmetternd: Bei einem ‚Weiter so‘ ist unser
55 Bevölkerungs- und Produktionswachstum ein Wachstum zu Tode. Diese Prognosen
56 wurden in „Grenzen des Wachstums - das 30 Jahre Update“ bestätigt. Außerdem lies sich
57 feststellen, dass seit etwa 1980 die Menschheit das Angebot der Natur an Ressourcen und
58 ihre Fähigkeit, Umweltbelastungen aufzunehmen, stetig überfordert. Wir sind an einem
59 Punkt angekommen, an dem die Herausforderungen, die der globale Klimawandel in
60 Folge einer Energieversorgung durch fossile Brennstoffe verursacht, die
61 Anpassungsfähigkeit der ökologischen und gesellschaftlichen Systeme überschreitet.

62 Peak Oil, der Höhepunkt der Ölförderung, ist erreicht, aber die Nachfrage steigt weiter,
63 insbesondere durch die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern. Dies treibt
64 die Preise und birgt die Gefahr von Verteilungskämpfen in sich.

65 Die Erkenntnisse der Klimaforschung müssen uns zum Handeln zwingen. Zusätzliche
66 Temperaturerhöhungen in Folge weiterer Klimaveränderungen gefährden ganze
67 Ökosystem, somit auch die Menschen, die dort leben, einschließlich ihrer Ernährung.

68 Die Herausforderung lautet also: Wie stellen wir auf einem Planeten mit 10 Milliarden
69 Menschen ein Gleichgewicht zwischen einer modernen Zivilisation und der Natur wieder
70 her? Wie erreichen wir, dass sich unsere Gesellschaft nicht nur an kurzfristigen Zielen wie

71 steigendem Konsum und längst überholter Wachstumsgläubigkeit orientiert, sondern
72 konsequent und mutig eine nachhaltige Politik verfolgt?

73

74 Eine sozialdemokratische Energiepolitik wird Ökologie, Ökonomie und Soziales
75 miteinander in Einklang bringen. Wir wollen eine nachhaltige und sichere
76 Energieversorgung für alle Menschen, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft
77 stärkt und auf diese Weise Gute Arbeit schafft.

78 Zur Herstellung des notwendigen Gleichgewichts in der Energieversorgung dürfen die
79 natürlichen Lebensräume nicht beschädigt und ihre Belastbarkeit nicht überschritten
80 werden.

81 Die Sonne liefert pro Jahr 5000mal mehr Energie als die Menschheit benötigt. Hier gibt es
82 neben der Photovoltaik auch die Möglichkeit, mit Parabol-Innenkraftwerken, Dish-Anlagen
83 oder Solar-Turmkraftwerken Dampfturbinen zu betreiben. Dies geschieht vorzugsweise in
84 den sonnenreicheren Regionen dieser Erde.

85 Die Gewinnung von Strom aus Windenergie hat in den letzten Jahren stark zugenommen.
86 Vorreiter sind die USA, gefolgt von China, Deutschland und Spanien. Innerhalb
87 Deutschlands nimmt Schleswig Holstein eine Vorreiterrolle ein. Wir haben in Schleswig-
88 Holstein frühzeitig erkannt, dass der weitere Ausbau der Stromerzeugung aus
89 erneuerbaren Energien nur durch eine internationale Zusammenarbeit von Politik,
90 Wirtschaft und Gesellschaft vorangetrieben werden kann.

91

92 **Eine Zukunftsbranche unserer Wirtschaft**

93

94 Wir verstehen die Energiewende auch als eine Stärkung der heimischen Handwerks- und
95 Industriebetriebe. Geringere Arbeitslosenzahlen und damit auch steigende Einkommen,
96 sowie gesteigerte Gewerbesteuererinnahmen werden die Haushalte zukünftig entlasten, so
97 dass die heutigen Investitionen sich amortisieren werden.

98 Eine konsequente Trennung von Netz und Stromerzeugung sichert den Wettbewerb in der
99 Energiewirtschaft. Wir setzen uns für die Übernahme der Netze in Eigentum der
100 öffentlichen Hand ein.

101

102 Für das Jahr 2012 wurde mit 113,5 TWh ein Anteil von über 20 % regenerativen Strom am
103 Gesamtstromverbrauch (ca. 530 TWh) Deutschlands erwartet. Gefördert durch das EEG
104 kann somit bereits über 80 % des privaten Stromverbrauches (139,2 TWh in 2009)
105 nachhaltig bereitgestellt werden.

106

107 Diese enormen Energiemengen stellen nicht nur die Netze vor technische
108 Herausforderungen, sie haben auch Auswirkungen auf das Modell, welches die Grundlage
109 des Strommarktes bildet.

110

111 Der von den Übertragungsnetzbetreibern zu festen Vergütungssätzen auf Grundlage des
112 Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) in den ersten neun Monaten 2012 für 13.432 Mio.
113 € angekaufte Strom wird auf gesetzlicher Grundlage über den kurzfristigen Stromhandel
114 (Spotmarkt) vermarktet. Der in diesem Zeitraum so vermarktete EEG-Strom erzielte an der
115 Strombörse einen Erlös von 2.410 Mio. €. Somit erfordert das bestehende
116 Vermarktungsprinzip einen Umlage finanzierten Zuschuss von über 80 %. Dass dieser in
117 erster Linie durch die Stromkunden finanziert wird, ist nicht hinnehmbar.

118

119 Eine Novellierung des EEG muss für eine werthaltige Vermarktung des Stromes sorgen,
120 die auch die Vorteile des regenerativen Stromes herausstellt. Neben einer eher
121 langfristigen Vermarktungsstrategie sollte auch eine Verbindung zum CO2-Handel
122 hergestellt werden. Auf Grundlage wissenschaftlicher Modelle ist ein börsenfähiges
123 Marktmodell zu schaffen, das auch die Herkunft des Stromes (Braunkohle, Steinkohle,
124 Wasser...) berücksichtigt. Hier wäre ein paralleles Zertifikatesystem denkbar, über das der
125 Anbieter seinen Strommix zusammenstellen kann. Sinkende Börsenpreise müssen auch
126 an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.

127

128 Der Ausgleichsmechanismus als Gegenfinanzierung des EEG sieht für das produzierende
129 Gewerbe Ausnahmen vor. Dieses Prinzip muss reformiert werden. Mit dem Abstellen auf
130 den Anteil der Stromkosten eines Betriebs an dessen Bruttowertschöpfung werden auch
131 solche Betriebe belohnt, die gezielt Beschäftigung auslagern (z.B. über Leiharbeit).
132 Ursprünglich sollten lediglich Unternehmen im internationalen Wettbewerb von der EEG-
133 Umlage befreit werden. Die Anzahl der befreiten Unternehmen hat sich von rund 400 auf
134 mittlerweile über 2000 erhöht. Ausnahmen müssen daher künftig wieder strenger geregelt
135 werden. Für Unternehmen im internationalen Wettbewerb und die Stahlindustrie sind
136 Ausnahmen jedoch gerechtfertigt, solange es noch keine europäischen oder
137 internationalen Regelungen gibt. Die Entscheidungsfreude der schwarz-gelben Politik zu
138 Lasten Dritter wird durch die neue Risikozulage für Off-shore-Wind auf die Spitze
139 getrieben.

140

141 Im Bereich der Stromnetzentgelte müssen die Ausnahmeregeln für die großen
142 Stromabnehmer genau überprüft werden. Dass ab einem bestimmten Verbrauch die
143 komplette Befreiung von Stromnetzentgelten erfolgt, ist nicht nachzuvollziehen. Diese
144 Regelung setzt einen fatalen Anreiz zum gezielten Mehrverbrauch und stellt Unternehmen
145 davon frei, sich kostenmäßig an öffentlicher Infrastruktur zu beteiligen, die gerade sie
146 intensiv nutzen. Entlastungen bei den Netzentgelten sind nur dann angemessen, wenn sie
147 für die Allgemeinheit kostenminderndes Verbrauchsverhalten belohnen.

148

149 **Technologien für den Fortschritt**

150

151 Zum Gelingen der Energiewende muss ein Dreiklang aus Energieeinsparung,
152 Verfahrensoptimierung und Ersatz fossiler/nuklearer Energieträger durch regenerative
153 Energiequellen verfolgt werden:

154 Jede Investition in Energieeinsparung ist deutlich effektiver als der Ersatz bei der
155 Energieerzeugung. Einsparungen sind nicht nur im Elektrizitätsbereich, sondern auch
156 gerade im Primärenergiebereich möglich und nötig (z. B. Kraft-Wärme-Kopplung,
157 Altbausanierung). Anreize dazu können auf allen politischen Ebenen gesetzt werden.

158 Verfahrensoptimierung steht für eine bessere Verteilung der verbrauchten Energiemenge.
159 Ziel muss eine bessere Auslastung sein. Wir wollen mit gleicher Infrastruktur mehr
160 erreichen. Eine intelligente Verbrauchssteuerung (Smart-grids) führt zu einer Reduzierung
161 der Tagesmaximalleistung, die unser Versorgungsnetz bereitstellen können muss (und für
162 die zurzeit lediglich konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden). Durch Kombination
163 mit moderner Speichertechnik kann so der Anteil der regenerativen Energien im gleichen
164 Maße gesteigert werden, wie der Bedarf an konventioneller (Maximal-)Energie sinkt.
165 Insbesondere bei der Verstromung von Biogas stehen primärenergieseitig erprobte und
166 günstige (Gas-)Speichertechniken zur Verfügung. Bei Beteiligung der Biogaskraftwerke an
167 der Netzregelung sollten die Kleinkraftwerkbetreiber im gleichen Maße für Standby-Zeiten
168 entschädigt werden, wie die Betreiber von Großkraftwerken. Generell muss gelten:
169 Gleiches Recht für alle.

170 Durch die Beteiligung der regenerativen Energien an der Netzregelung reduziert sich
171 gleichzeitig der Bedarf an vorzuhaltender (konventioneller) Regelenergie. Ebenso wird
172 durch dezentrale Energieerzeugung der Energietransport in den Hoch- und
173 Höchstspannungsnetzen reduziert.

174 Durch weitere Förderung der Universitäten, Fachhochschulen und Forschungszentren
175 kann Deutschland seinen Ruf als Hochtechnologie-Standort ausbauen und sich

176 Technologievorsprünge erarbeiten. Dazu ist sowohl eine Förderung der Grundlagen- als
177 auch der Anwendungsforschung notwendig.

178

179 Für den Bereich der Technologieentwicklung gilt daher:

- 180 • Die Nutzung erneuerbarer Energien (Windenergie, Wasserkraft, Solarenergie) ist
181 auszubauen. Dazu gehört auch die Erforschung und Entwicklung von
182 Energiespeichern. Atomenergie lehnen wir ab. Energieeinsparung, effiziente
183 Energienutzung und der Ausbau erneuerbarer Energien sind die Mittel, um auch auf
184 die Nutzung von Kohlestrom verzichten zu können.
- 185 • Programme zur energetischen Gebäudesanierung müssen fortgesetzt werden. Dies
186 erhöht die Energieeffizienz. Unser Ziel ist es, jährlich mindestens 3% des
187 Gebäudebestandes entsprechend instand zu setzen.
- 188 • Zentrale Aufgabe ist es, Technologien zu entwickeln, die mit gleicher Infrastruktur
189 mehr erreichen können.
- 190 • Es müssen die politischen Rahmenbedingungen für die Förderung der dezentralen
191 Energieerzeugung in Form von Blockheizkraftwerken geschaffen werden, ähnlich
192 dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz. Diese BHKW im kleinen und mittleren
193 Leistungsbereich tragen erheblich zur Entlastung der Übertragungsnetze und
194 besseren Ausnutzung der Primärenergieträger bei.
- 195 • Der Aufbau von Versorgungsnetzen für Fernwärme zur Verteilung der Abwärme von
196 BHKW (insb. Biomassekraftwerken) vor allem im ländlichen Raum (Die Novelle des
197 EEG, die zurzeit die parlamentarischen Beratungen durchläuft, sieht ausdrücklich
198 die Nutzung der Abwärme von Biomassekraftwerken vor.) muss unbürokratisch
199 gestaltet werden. Eine entsprechende Förderung (zinslose / zinsgünstige Darlehen,
200 ggf. Zuschüsse für Hausanschlüsse) ist anzustreben.
- 201 • Angesichts der vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Energietechnik
202 müssen die Forschungsmittel der landeseigenen Unternehmen und Universitäten
203 zielgerichtet aufgestockt werden.

204

205 **Die wichtigste Grundlage: Der Netzausbau**

206

207 In der traditionellen Netzstruktur sind Grundlastkraftwerke an das 380kV-Netz
208 angeschlossen. Auf allen anderen Spannungsebenen finden auch Einspeisungen von
209 klassischen Kraftwerken statt.

210 Noch 1991 wurden 97% der elektrischen Energie in Kernkraftwerken und aus fossilen

211 Energieträgern gewonnen. An dieser Struktur sind die Übertragungsnetze im Prinzip heute
212 noch orientiert. Das Übertragungsnetz ist dabei in vier Regelzonen aufgeteilt: 50Hertz
213 Transmission (früher Vattenfall), Amprion (RWE-Tochter), EnBW Transportnetze und
214 TenneT (früher EOn). Für jede Regelzone muss ein gewisses Maß an Regelenergie
215 vorgehalten werden, um Schwankungen bei Erzeugung und Verbrauch zu kompensieren.
216 Der Anteil der Erneuerbaren Energien wird auf allen Ebenen (ausgenommen 380kV) in
217 das Netz eingespeist, abhängig von der Anschlussleistung und genießt dabei einen
218 Vorrangstatus. Fluktuationen in der Erzeugung werden durch die
219 Übertragungsnetzbetreiber ausgeglichen (Regelenergie). Durch einen neu eingeführten
220 Netzregelverbund versuchen die vier Übertragungsnetzbetreiber ihren
221 Regelenergieeinsatz technisch und wirtschaftlich zu optimieren.

222 Insbesondere die Windenergie bereitet bei der derzeitigen Netzstruktur Probleme.
223 Wasser- und Biomassekraftwerke können gleichmäßig Energie abgeben, sie sind auch
224 relativ gleichmäßig über Deutschland verteilt. Die Windenergie hingegen ist on- wie
225 offshore im Norden konzentriert und ihre Abgabeleistung ist in der Regel nicht steuerbar,
226 wodurch die Übertragungsnetze stark belastet werden. Dabei werden bereits heute große
227 Windparks, die neu angeschlossen werden müssen, an der Netzregelung beteiligt.

228

229 Der Netzausbau ist daher eine wichtige Grundlage für eine gelingende Energiewende. Die
230 Entscheidungen der Bundesnetzagentur zum weiteren Netzausbau betrachten wir kritisch.
231 Eine Aufrüstung der bisherigen 220 KV-Leitungen auf 380 KV muss erfolgen.

232 Der Aufbau von Versorgungsnetzen für Fernwärme zur Verteilung der Abwärme von
233 Blockheizkraftwerken und Biogasanlagen ist zwingend notwendig. Der Ausbau des
234 Stromleitungsnetzes soll zunehmend über Erdkabel bzw. Gleichstromübertragung und
235 Kapazitätserweiterung an bestehenden Trassen verlaufen. Bürgerbeteiligung sorgt für eine
236 hohe Akzeptanz der Energiewende. Lokalen Konflikten kann nach Möglichkeit mit
237 Erdverkabelung begegnet werden. Hochspannungsleitungen sollen in den Trassen der
238 Autobahnen und der Bahn verlaufen. Beim Ausbau der Netze sind Planungskompetenzen
239 an den Bund abzutreten, um ein bundesweites Gesamtkonzept und zügiges
240 Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. An dem transparenten Planungsverfahren, das
241 eine Strategische Umweltprüfung (SUP) beinhalten muss, sind Bürgerinnen und Bürger
242 von Beginn an einzubinden. Zusammen mit anderen Bundesländern werden wir den
243 Masterplan „Smart Grid“ aufstellen, um bis 2030 ein funktionierendes intelligentes
244 Stromnetz in Deutschland aufzubauen.

245

246 Wir brauchen eine zielgerichtete und europäische abgestimmte Forschung und Förderung
247 von intelligenten Netzstrukturen und Speichertechnologien wie Wasserstofftechnologien.
248 Diese kann die besten Lösungen für einzelne Länder erarbeiten, das stärkt auch die
249 örtliche Wirtschaft und das Handwerk.

250 Ein vereintes Europa muss auch die Netze halten. Als ersten Schritt dafür brauchen wir
251 auf Bundesebene eine Netzgesellschaft, um einzelnes Handeln bis dahin zu verhindern.
252 Schleswig-Holstein kann auf dem Weg dorthin in Kooperation insbesondere mit seinen
253 norddeutschen Nachbarn einen ersten Schritt tun.

254 Auf allen Ebenen ist die Einbeziehung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
255 wichtig. Nur mit offenen und transparenten Verfahren wird es möglich sein, alle Menschen
256 für die Umsetzung der Energiewende zu gewinnen und langfristig schnelle und
257 reibungslose Abläufe zu gewährleisten.

258 Zusammen mit den Bundesländern, mit denen wir uns diese Netzregelzone teilen (Bayern,
259 Hessen, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen (teilweise), muss ein Masterplan
260 „Smart Grid“ aufgestellt werden, mit dem Ziel, binnen zehn Jahren ein funktionierendes
261 intelligentes Stromnetz aufzubauen.

262

263 **Dezentrale Energieversorgung – eine Aufgabe für die Kommunen**

264

265 Eine dezentrale Energieversorgung stärkt die Demokratie und kommunale Verantwortung.
266 Wir fordern den Erhalt und Aufbau eigener Stadt- und Gemeindewerke mit eigener
267 kommunaler Energieerzeugung als Motor zum Umbau der Energiewirtschaft. Das fördert
268 Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien und trägt zu einer kostengünstigen und
269 krisensicheren Energieversorgung bei. Dezentrale Versorgungsstrukturen tragen zur
270 Entlastung der Übertragungsnetze und besseren Ausnutzung der Primärenergieträger bei.
271 Spätestens 2020 wollen wir in Schleswig-Holstein einen Anteil der Kraft-Wärme- Kopplung
272 über dezentrale Blockheizkraftwerke von 30% des verbrauchten Stroms erreicht haben.
273 Die dabei produzierte Wärme muss durch eine Anschluss- und Benutzungsverpflichtung
274 genutzt werden. Bei der Raumwärme haben wir 90 % an Einsparmöglichkeit und 1/3 des
275 nationalen Energiebedarfs.

276 Die dezentrale Energieversorgung unterscheidet sich sowohl in der Größe der
277 spezifischen Energieerzeugungseinheiten wie auch in den resultierenden Anforderungen
278 in das Netz grundlegend von den Bedingungen, die für die großen zentralen
279 Energieerzeugungseinheiten geschaffen wurden.

280 Es entfällt die Notwendigkeit eines Höchstspannungsnetzes (220 – 380 KV), da es nur

281 eines Verteilungsnetzes mit der Lastaufnahme von bis zu 110 KV bedarf. Das ist in dem
282 bereits heute existierenden Mix aus Anlagen und deren typischer Betriebsweise
283 begründet. So lassen sich beispielsweise bei starken Windbedingungen
284 Windenergieanlagen aussteuern, falls es bei den im Netzverbund befindlichen
285 Biogasanlagen zu Speicherengpässen kommen sollte, so dass es im Netz zu keinem
286 Engpass oder Lastenüberschuss kommt. Auch die Feuerungsraten (Motorumdrehungen)
287 eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) lassen sich in technisch bedingten Bandbreiten
288 steuern, so dass bedarfsgerechte Strom- und Wärmeproduktion permanent gewährleistet
289 ist.

290

291 Mit den oben angesprochenen Netzen könnte den Kommunen zukünftig eine noch
292 stärkere Regulierungsrolle gerade im Strommarkt zufallen. Die Verteilungsnetze sind von
293 relativ kleinen Wirtschaftseinheiten (Stadtwerken oder regionalen Zusammenschlüssen)
294 auskömmlich zu betreiben und fallen zudem direkt unter den gesetzlichen Auftrag der
295 allgemeinen Daseinsvorsorge. Die Rekommunalisierung der Netze soll verstärkt
296 umgesetzt werden, zumal die privatwirtschaftlichen Energieversorgungsunternehmen
297 (EVU) diesem Wunsch durchaus zu entsprechen bereit sind, denn die regionale
298 Versorgung aus einer Hand mit allen netzgebunden Leistungen – vom Telefon bis zum
299 Wasser - ist für diese Unternehmen nur schwer zu realisieren.

300

- 301 • Netzausbau: Eine regional organisierte Erzeugerstruktur bietet nicht nur
302 ökonomisch großes Gewinnpotential für strukturschwache Gebiete, sondern es
303 werden durch die direkten Beteiligungsmöglichkeiten (Kauf von Anteilsscheinen an
304 einem Unternehmen sowie die lokale Aufklärung mit hohen örtlichen
305 Identifikationswert) ökologisch sinnvolle Synergieeffekte im Umgang mit der
306 gewonnenen Energie erzielt, da jede nicht selbst verbrauchte Einheit eben den
307 wirtschaftlichen Erfolg vergrößert. Durch die beschriebenen Effekte und
308 Maßnahmen können die Energiekosten minimiert und dadurch Investitionen in
309 anderen Wirtschaftsbereichen getätigt werden, so dass ein Übergreifen der
310 Synergieeffekte auch auf den regionalen Arbeitsmarkt zu unterstellen ist. Die
311 Verteilernetze müssen dafür kommunal-regional betrieben werden.
- 312 • Photovoltaikanlagen: Bei Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen kann auch die
313 Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden. Im Kreis Rendsburg-
314 Eckernförde wurden in den technischen Berufsschulen PV-Anlagen installiert. Die
315 größte mit 27,54 kWp befindet sich auf dem BBZ Eckernförde und ist als

316 Bürgersolaranlage realisiert. Diese wird ergänzt durch eine selbst bewirtschaftete 2
317 kWp-Anlage, die bereits beim Neubau der Turnhalle direkt in das Dach integriert
318 wurde. Derzeit wird eine größere PV-Anlage mit Bürgerbeteiligung auf der
319 Sonderschule Hochfeld in Rendsburg geplant, und bei der Dachsanierung des
320 Kreishauses in Rendsburg wird auf den geeigneten Dachflächen ebenfalls eine PV-
321 Anlage installiert. Das gesamte Potenzial der möglichen Dächernutzungen ist noch
322 nicht zentral erfasst. Ein Solarkataster der Kreise würde eine zügige Umsetzung
323 vereinfachen. Ein solches Kataster halten wir auch bei Bürgerwindparks für
324 sinnvoll.

325 • Windkraftanlagen: Bereits im Jahr 2006 kamen 50% des gesamten
326 Stromverbrauchs in Schleswig- Holstein aus Windenergie. Sie ist für uns die
327 wichtigste Energiequelle. Im Jahr 2020 wollen wir mehr Strom aus erneuerbaren
328 Energien produzieren, als wir im Land selbst verbrauchen.

329 Wir werden die planerischen Rahmenbedingungen für Repowering der 6000
330 Windenergieanlagen in SH, die älter sind als 10 Jahre, aktualisieren.

331 Wir wollen den Aufbau des Offshore-Bereichs voranbringen.

332 Wir werden den Anteil der Windenergieeignungsflächen an der Kreisfläche von den
333 jetzt geplanten 1,2% auf maximal 2% verdoppeln, zumal von der kommunalen
334 Ebene einvernehmlich mehr Flächen angemeldet wurden, als in dem bisher gültigen
335 Landesentwicklungsplan berücksichtigt wurden.

336 Der Ausbau sollte vorrangig durch regionale Gewinnerzielung getragen werden.

337 • Fossile Energien: Bis spätestens zur Mitte des Jahrhunderts wollen wir in
338 Schleswig-Holstein die Nutzung fossiler Energien als Primärenergie zur Strom-,
339 Wärme- und Kraftstoffproduktion beenden. Als Ersatz für stillgelegte
340 Atomkraftwerke und veraltete Kohlekraftwerke können bis dahin lediglich
341 hocheffiziente Gaskraftwerke akzeptiert werden.

342 Die CCS-Technologie sehen wir als mit höchsten Risiken und Kosten behaftet und
343 damit nicht zum Einsatz geeignet an. Sie wird ohnehin nicht vor dem Jahr 2020 in
344 der Großtechnikpraxis einsetzbar sein und leistet keinen wirksamen Beitrag zum
345 Klimaschutz. Es ist sinnvoller auf die Produktion von CO₂ zu verzichten, als es
346 teuer abzuscheiden und dann aufwendig und risikoreich zu lagern. Wir sind gegen
347 eine Deponierung von CO₂ ein. CCS ist nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen und
348 den dafür erneut aufzubringenden Pipelines etc. abzulehnen, zudem blieben dort
349 die fossilen Energiequellen im Fokus.

350 • Biomasse: Die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in Biogasanlagen darf

351 nicht zu Monokulturen, Belastung des Grundwassers und Rückgang der
352 Artenvielfalt führen. Neue Biogasanlagen müssen zur größt möglichen Verwertung
353 von Reststoffen genutzt werden; sie werden nur noch genehmigt, wenn sie ein
354 Wärmekonzept nachweisen, das fossilen Brennstoffeinsatz vermindert.
355 Bestandsanlagen sind um- und nachzurüsten. Die Anzahl der Anträge für Anlagen
356 zur Biomasseverwertung hat deutlich zugenommen. Wir fordern daher in diesem
357 Bereich eine Erhöhung der Effizienz durch Novellierung der Genehmigungspraxis
358 (Nahwärmenetze). Das privilegierte Bauen ist zu beenden. Zur Überprüfung
359 müssen wirksame Kontrollmöglichkeiten für die Behörden geschaffen werden, die
360 besonders den Umweltschutz im Blick haben. Weiterhin ist die Dezentralität der
361 Energieversorgung durch Anschluss an das regionale Gasnetz herzustellen, zumal
362 sich im Bereich „Power to gas“ eine ähnliche Entwicklung sowohl technisch wie
363 auch politisch herausbildet, die hilfreich sein kann, die benötigten
364 Speicherpotentiale zur Vollendung der Energiewende auf diesem Wege
365 bereitstellen zu können

366

367 Für den Kreis Rendsburg-Eckernförde fordern wir die Übernahme einer Vorbildfunktion
368 durch das Erstellen eines Energiemasterplans. Dieser soll der besseren Vernetzung der
369 jeweiligen Bauvorhaben und Energieerzeugungen dienen und durch die Kreisverwaltung
370 auf Basis eines energiepolitischen Ziels der Kreispolitik koordiniert umgesetzt werden.
371 Auch von den Kommunen erwarten wir die Aufstellung von Energiekonzepten.

372

373 **Eine europäische Energiepolitik für das 21. Jahrhundert**

374

375 **Die Entwicklung der europäischen Energiepolitik**

376

377 Die gemeinsame Kontrolle der Rohstoffe zur Energieversorgung (insbesondere die Kohle)
378 zu erlangen, war eine wichtige Begründung für die ersten Schritte zur europäischen
379 Integration. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/Montanunion)
380 wurde mit dem Schuman-Plan gegründet (2002 ausgelaufen) und schuf Regelungen für
381 den gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl.

382 Mit Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 entstanden die Europäische
383 Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG bzw.
384 Euratom). Zwei der drei damals existierenden Gemeinschaftsverträge waren demnach
385 sektorieller Art und beinhalteten explizit energiepolitische Fragen.

386 Im Zuge der Ölkrise initiierte die EG 1974 eine neue energiepolitische Strategie, deren
387 Ziel es war, den Energiemix zu diversifizieren und der Kernenergie mehr Gewicht
388 einzuräumen, Energieeinsparungsmaßnahmen umzusetzen und die Hinwendung zu den
389 erneuerbaren Energieträgern zu fördern. Die Umsetzung gelang nicht wie geplant, vor
390 allem wegen der Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, zugunsten echter
391 Gemeinschaftsinteressen auf kurzfristige nationale Vorteile zu verzichten. Dies ist bis
392 heute das Kernproblem der europäischen Energiepolitik. Kaum ein europäisches
393 Politikfeld ist so stark von grundsätzlich divergierenden nationalen Interessen beherrscht
394 wie die Energiepolitik; immerhin ist die nationale Energieversorgung grundlegend für das
395 Funktionieren der einzelnen Volkswirtschaften.

396 Mit dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union (EUV) wurde der Begriff
397 „Energie“ explizit in den Maastrichter Vertrag und somit in das europäische Primärrecht
398 aufgenommen, aber die Souveränität bei der Ausgestaltung der nationalen
399 Energieversorgung blieb dem Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten erhalten. Dennoch
400 gelang der EU-Kommission in den folgenden Jahren der Beginn der Liberalisierung der
401 europäischen Strom- und Erdgasmärkte. In ihrem Weißbuch „Eine Energiepolitik für
402 Europa“ benannte die EU-Kommission 2006 drei Ziele: Bekämpfung des Klimawandels,
403 Verringerung der durch die Abhängigkeit von importierten Kohlenwasserstoffen bedingten
404 externen Verwundbarkeit der EU und Förderung von Beschäftigung und Wachstum, wobei
405 es galt, den Verbrauchern Energiesicherheit bei erschwinglichen Preisen zu bieten. Dieses
406 Dokument kann als Grundlage der neuen europäischen Energie- und Klimapolitik bewertet
407 werden.

408

409 **Die Entscheidungskompetenzen in der europäischen Energiepolitik**

410

411 Grundsätzlich gelten für die Energiepolitik der EU die gleichen institutionellen Regelungen
412 wie auch in anderen Politikbereichen. Dazu zählen die Grundsätze der begrenzten
413 Einzelermächtigung und des Subsidiaritätsprinzips, nach denen das Tätigwerden in all den
414 Bereichen den Mitgliedstaaten überlassen bleibt, in denen die EU keine ausdrückliche
415 Kompetenz hat. Für den Bereich der Energiepolitik verblieben ein Großteil der
416 Kompetenzen bei den Mitgliedern.

417 Am 1. Dezember des Jahres 2009 trat der „Vertrag von Lissabon“ in Kraft. Danach gilt in
418 den Bereichen Umwelt, transeuropäische Netze und Energie eine geteilte Zuständigkeit
419 von Union und Mitgliedstaaten. Diese „konkurrierende“ Zuständigkeit ist auch in dem
420 Kapitel zum Bereich „Energie“ erkennbar.

421 Dieses Kapitel mit dem Titel XXI (Art. 194 AEUV) widmet sich den Prioritäten der EU in der
422 Energiepolitik und stellt ein absolutes Novum dar, mit dem der EU eine umfassende
423 Kompetenz in der Energiepolitik zugesprochen wird. Die in diesem Kapitel genannten
424 Ziele sollen stets „im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ verfolgt werden.
425 Sie liegen auf der Sicherstellung funktionierender Märkte, der Gewährleistung der
426 Energieversorgungssicherheit, der Förderung der Energieeffizienz, der Entwicklung
427 erneuerbarer Energiequellen sowie der Verknüpfung der Energienetze. Allerdings kann
428 jeder Mitgliedstaat nach Artikel 194 (2) AEUV die Bedingungen für die Nutzung seiner
429 Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die
430 allgemeine Struktur der Energieversorgung bestimmen. Damit wird nationalstaatliches
431 Handeln legitimiert und privilegiert und eine gemeinschaftliche Politik im Zweifelsfall
432 erschwert. Es wird nach außen eine gemeinsame europäische Energiepolitik begonnen,
433 aber nach innen sind der EU keine Instrumente bereit gestellt. Wenn die EU künftig zu
434 einer gemeinsamen Energiepolitik kommen will, muss sich dies ändern.

435

436 **Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene**

437

438 Bisher können die EU-2020- Ziele nur zur Hälfte erreicht werden. Genau deshalb halten
439 wir es für wichtig, gemeinschaftliche Ansätze zu verfolgen, die auch dezentral organisiert
440 sein können. Dies entlastet die Netzproblematik und kann Stabilität in der EU
441 gewährleisten.

442 Eine ambitionierte und integrierte Klima- und Energiepolitik, die die Ziele Sicherheit,
443 Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit zusammenbringt, muss die gemeinsame
444 europäische Antwort auf die voranschreitende Erderwärmung und knapper werdende
445 Ressourcen sein. Dabei gilt es Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches
446 Wachstum und Beschäftigung nicht länger als Gegensätze zu begreifen.

447

448 Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit und eine inhaltliche Neuausrichtung in der
449 europäischen Energiepolitik. Nur so können wir unsere Ziele erreichen. Wir wollen die
450 Potentiale der erneuerbaren Energiequellen europaweit nutzen, nicht nur um zu einer
451 sicheren klimaschonenden Energieversorgung ohne Kernenergie und fossile Brennstoffe
452 zu erreichen, sondern auch um die wirtschaftlichen Potentiale zu nutzen. Dies ist auch
453 eine konkrete Perspektive für die südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten.

454 Durch den Export von Umwelttechnologie, ebenso wie durch den Ausbau erneuerbarer
455 Energien und die Förderung von Energieeffizienz in Europa selbst werden wirtschaftliches

456 Wachstum und Beschäftigung in Europa erheblich gestärkt. Die Förderung von Wind- und
457 Solarenergie sind auch als Konjunkturprogramme zu verstehen, beispielsweise in
458 Griechenland oder Portugal. Auf diese Weise schafft die Energiewende Arbeitsplätze vor
459 Ort.

460

461 Die EU braucht eine Mischung verschiedener erneuerbarer Energiequellen: Windkraft aus
462 dem Norden – Solarenergie aus dem Süden etc. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand
463 z.B. das WEREEMA Projekt zwischen Marokko und Schleswig–Holstein. Schleswig-
464 Holstein gibt dabei seine Erfahrungen beim Aufbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft
465 und der Einspeisung großer Mengen von Windstrom ins Netz weiter.

466 Einen konzeptionellen Ansatz liefert das DESERTTEC- Projekt. Es beschreibt ein
467 konkretes Lösungskonzept, damit die Menschheit bis 2050 den CO₂ Ausstoß um über
468 80% reduzieren und den Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad C begrenzen kann. Der
469 Ansatz basiert auf Technologien, die heute bereits verfügbar sind. Unterstützt wird das
470 Projekt vom Clube of Rome.

471

472 Wir unterstützen die Positionen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die sie
473 auf ihrem Kongress in Brüssel im September 2012 beschlossen hat, als eine gute
474 Grundlage für ein gemeinsames Wahlprogramm der SPE zur Europawahl 2014:

475 Der Energie- und Ressourcenverbrauch in den Produktionsprozessen muss verringert und
476 es müssen verbindliche Ziele für die Senkung der CO₂-Emissionen umgesetzt werden.

477 Dazu muss mehr recycelt und die Energieeffizienz verbessert werden, unter anderem
478 durch Einführung eines umfassenden Programms zur Verbesserung der Energieeffizienz
479 von Gebäuden, insbesondere im sozialen Wohnungsbau. Die Erhöhung des Anteils der
480 erneuerbaren Energien hat bereits sehr positive Ergebnisse gebracht und muss weiter
481 beschleunigt werden, zum Beispiel indem das Europäische Emissionshandelssystem
482 effizienter gestaltet, eine starke nationale Gesetzgebung eingeführt wird, um erneuerbaren
483 Energieträger prioritär zu behandeln und durch die europaweite Einführung einer
484 Kohlenstoffsteuer, koordiniert auf EU-Ebene, um erneuerbare Energien
485 wettbewerbsfähiger zu machen und die Dekarbonisierung der Energieproduktion zu
486 beschleunigen.

487

488 Darüber hinaus werden wir uns für folgende Ziele einsetzen:

- 489 • Ausweitung der EU- 20/20/20-Klimaziel auf 30/30/30- Ziele für das Jahr 2030,
- 490 • Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb der EU beim Ausbau der erneuerbaren

491 Energie und Unterstützung bei dem notwendigen transeuropäischen
492 Stromnetzausbau,
493 • Konzentration der europäischen Forschungs- und Förderpolitik auf den Bereich
494 Energieeinsparung und Effizienzverbesserung im Bereich erneuerbarer Energien;
495 keine CCS-Förderung. EU-Förderprogramme müssen konsequent auf die
496 Zielrichtung „Energieversorgung ohne Atomstrom“ ausgerichtet werden. Für die
497 Nutzung der Kernenergie dürfen keine EU-Gelder mehr zur Verfügung gestellt
498 werden, auch nicht für entsprechende Forschungsvorhaben. Zugunsten einer
499 stärkeren Förderung der erneuerbaren Energien hat der Euroatom-Vertrag keine
500 Zukunft mehr. Die Sozialdemokratie wird den Atomausstieg auch europaweit
501 durchsetzen. Der Euratom-Vertrag wurde seit den 1950er Jahren nicht geändert
502 und sieht weiterhin eine Forschungsförderung und Entwicklung zur friedlichen
503 Kernenergienutzung vor.

504

505 Eine besondere Rolle wird die EU auch bei der Koordinierung der europäischen
506 Energiewende einnehmen müssen. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte
507 Energiefahrplan 2050 ist als Grundsatz zwar zu befürworten, sieht aber entgegen unserem
508 Ansatz die Beibehaltung fossiler Energien und der Kernenergie vor.

509

510 Zentral ist europaweit auch der Ausbau der Netze (z.B. Nadelöhr Pyrenäen - Spanien
511 kann bisher nur 3% seines Stroms exportieren oder der Anschluss der baltischen
512 Republiken an die europäischen Energienetze). Aber auch hier gilt es, auf lokaler Ebene
513 die Menschen zu überzeugen und zu beteiligen, um Widerstände frühzeitig zu verhindern.
514 Beim Aufbau der Netze ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu suchen.
515 Besondere Priorität hat für Schleswig-Holstein dabei der Ostseeraum. Der Ausbau von
516 erneuerbaren Energien muss ostseeweit forciert werden.

517

518 **Der Ostseeraum – eine Vorbildregion**

519

520 Die Ostseeregion kann zum Schaufenster für Europa und die Welt bei der Nutzung
521 erneuerbarer Energien werden. Dafür sprechen nicht nur die natürlichen Gegebenheiten,
522 beispielsweise viele Küsten und Gewässer zur Nutzung von Windenergie oder
523 Wasserkraft. Die Region verfügt auch über langjährige Erfahrungen und Kompetenzen in
524 Wissenschaft und Forschung und in der Fertigung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer
525 Energien. Dazu kommt die Erfahrung in der länderübergreifenden Zusammenarbeit in der

526 Region.

527

528 Die Ostseeregion kann somit einen wesentlichen Teil dazu beitragen, die EU-Klimaziele
529 zu erreichen und zu übertreffen. Dabei wird derzeit das vorhandene Potential zur Nutzung
530 erneuerbarer Energiequellen in den Ländern der Ostseeregion sehr unterschiedlich
531 genutzt: von nur 9,4% Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoenergieverbrauch im Jahr
532 2010 in Polen, 22,2% in Dänemark oder 24,3% in Estland bis hin zu 47,9% in Schweden
533 (DEU insgesamt: 11 %). Die Zielsetzungen, die sich die einzelnen Länder im Rahmen der
534 EU 2020-Strategie gesetzt haben, könnten aber durchaus ambitionierter sein: Pol: 15%,
535 DK: 30%, EST: 25%, SWE 49% und DEU: 18%

536

537 Eine Energieversorgung in der Ostseeregion ohne Atomenergie und die Nutzung von
538 bestehenden Kohle-KW allenfalls als Übergangslösung ist unter
539 Versorgungsgesichtspunkten möglich. Auf dem Weg zu einer intensiven Energie-
540 Kooperation in der Ostseeregion ist die Mitwirkung und Zusammenarbeit aller
541 Ostseeanrainerländer, einschließlich des „Erneuerbaren Energieexportlandes“ Norwegen,
542 notwendig, da die Entscheidungen über die Art der Energieerzeugung nach wie vor in
543 nationalstaatlicher Verantwortung liegen. Die Demonstration guter Beispiele und die
544 finanzielle Unterstützung der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen und
545 Gleiches im Bereich der Steigerung der Energieeffizienz sowie der Aufbau sog.
546 intelligenter Netze sind wichtige Mittel, um unsere Vision einer atomenergiefreien
547 Ostseeregion zu verwirklichen.

548

549 **Zentrale Rolle der Windenergie**

550

551 Der Ausbau und die Nutzung der Windenergie spielen dabei eine zentrale Rolle: So sieht
552 das WWF Baltic Ecoregion Programme 2010 vor, dass bis 2020 insgesamt 29
553 Windenergie-Parks in der Ostseeregion gebaut werden sollen, die mit knapp 11.000 MW
554 insgesamt 25mal mehr Strom produzieren als dies 2010 der Fall war. Und in den
555 folgenden 10 Jahren sollen nochmals weitere 25 Parks hinzukommen, so dass die
556 Kapazität auf gut 25.000 MW steigen soll. Ein Anstieg also um 6.000 % gegenüber 2010.

557

558 Handlungsfelder in der Ostseeregion sind insbesondere Forschungs- und
559 Entwicklungsarbeiten zur Realisierung von On- und Offshore-Windkraftanlagen und
560 anderen Meerestechnologien für erneuerbare Energien. Felder der grenzüberschreitenden

561 Zusammenarbeit müssen der Austausch von Erfahrungen und die bessere Koordinierung
562 in Bereichen wie Stromnetz- und Meeresraumplanung, Regulierungsverfahren für
563 Investitionen für Verbindungsleitungen und Umweltfolgenbewertungen für Windparks sein.
564

565 Die Erschließung der On- und Offshore-Windenergie bringt Wachstumsimpulse für die
566 Ostseeregion. Forschung, Entwicklung und Bau, aber auch der Bereich Service und
567 Wartung von Windparks bringen neue Arbeitsplätze für hoch qualifiziertes Personal; neue
568 Berufsfelder entstehen. Wir wollen deshalb als ein Flaggschiffprojekt den Aufbau eines
569 ostseeweiten „Kompetenzzentrums Windenergie“ vorantreiben, das bei Forschung,
570 Entwicklung, aber auch Lehre und Ausbildung, sowie Marketing und Verkauf im Bereich
571 der Windenergie die Spitzenstellung für die Ostseeregion erlangen soll.

572

573 **Schleswig-Holsteins Rolle**

574

575 Schleswig-Holstein muss bei dieser Wende zur Nutzung der erneuerbaren Energie im
576 Ostseeraum eine herausragende Rolle spielen. Es wird gleichzeitig besonders von dieser
577 neuen Energiepolitik profitieren.

578 Wir wollen deshalb folgende Schwerpunkte setzen:

- 579 • Zur Erzeugung von Strom den Ausbau von erneuerbaren Energien ostseeweit
580 forcieren. Im Sinne von Best Practice ist auf diesem Themenfeld auch die Zu-
581 sammenarbeit zwischen Regionen mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien
582 und Regionen mit einem geringen Anteil im gegenseitigen Interesse zu
583 intensivieren.
- 584 • Steigerung der Energieeffizienz/Einsparung von Energie: In vielen Ländern der
585 Ostseeregion sind gewaltige Potentiale zur Energieeinsparung vorhanden, in
586 anderen gibt es bereits Erfahrungen mit Programmen und Maßnahmen zur
587 Energieeinsparung. Diese Kompetenzen und Anforderungen müssen
588 zusammengebracht werden, um eine wirksame Energieeinsparung im gesamten
589 Ostseeraum zu realisieren. Gleichzeitig schaffen Energieeinsparmaßnahmen (z.B.
590 Wärmedämmung) auch Arbeitsplätze.
- 591 • Gezielter Ausbau der Netzinfrastruktur: Aufbau von ostseeweiten smart-grids, um
592 den aus erneuerbarer Energie produzierten Strom ostseeweit zu nutzen. Dabei ist
593 insbesondere die grenzüberschreitende Einspeisung von Strom aus Ostsee-
594 offshore-Windanlagen zu regeln.
- 595 • Einrichtung eines „Ostseeforums – Begleitung des deutschen Umstiegs von der

596 Atomenergie auf erneuerbare Energien“ gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern,
597 auf der Basis der Erfahrungen mit den Kernkraftwerken Krümmel, Brokdorf und
598 Brunsbüttel sowie des Abbaus in Lubmin und der erfolgreichen Politik inzwischen
599 seit 1988 den Anteil erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein an der
600 Stromerzeugung von 0,04 % auf 44 % erhöht zu haben.

- 601 • Wir fordern die Landesregierung und insbesondere das federführende
602 Europaministerium auf, den Koalitionsvertrag auch in diesem Bereich entschlossen
603 umzusetzen und Flaggschiff-Projekte der EU-Ostseestrategie vor allem im Bereich
604 der erneuerbaren Energien zu initiieren und voranzubringen. Dazu gehört
605 insbesondere das Projekt „Kompetenzzentrum Windenergie“, das noch in diesem
606 Jahr begonnen werden soll.